

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Die teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir ohne Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei polit. Eintr. od. Konturen hinst. wird. Verlagsort: Altensteig, Verlagsdruck: Nagold. Preis: 1 Pf. 10. Die einseitige Zeile über deren Raum 15 Pf., die Restzeile 45 Pf. Erscheinung wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Die Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 224

Altensteig, Freitag den 25. September 1931

54. Jahrgang

Die Dauerberatung des Reichskabinetts

über die neue Notverordnung

Berlin, 24. Sept. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett die eigentlichen Kabinettsberatungen über das Wirtschaftsprogramm begonnen. Zunächst hat es sich vor allem darum gemacht, das Problem der Hauszinssteuer zu klären, das immer noch die schwierigste Frage im Rahmen des Wirtschaftsprogramms darstellt. Wie man in unterrichteten Kreisen vermutet, werden die Beratungen wohl schließlich darauf hinauslaufen, daß die beiden Lösungsmöglichkeiten, über die man bisher gesprochen hat, zusammengelöst werden, und zwar in der Form, daß eine Senkung und ein allmählicher Abbau der Hauszinssteuer eintritt und daß außerdem für den Rest eine abführende Kapitalisierung vorgesehen wird.

Eine Frage, die so schnell wie möglich entschieden werden soll, ist die Kleinrentenfrage, für die die Zeit vor dem Eintritt harter Kräfte noch ausgenutzt werden muß. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß dem Reichsminister Treutmann heute die Vollmachten des Siedlungskommissars übertragen werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen dann bereits die Ausführungsbestimmungen erscheinen, durch die den Städten die für die Inangabe des Werkes erforderlichen Anweisungen gegeben werden. Wie wir hören, haben sich bereits viele Laufende Arbeitslose um solche Kleinrentenstellen beworben.

Die Probleme der Arbeitslosigkeit kommen außerdem noch in den Beratungen über die Zusammenlegung von Reichs- und Wohlfahrtsfürsorge zur Geltung. Darüber hinaus hat das Kabinett noch eine Reihe weiterer Fragen zu behandeln. Dazu gehört z. B. die Notverordnung über die Sondergerichte, die im zwischen im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist; ferner muß der Schenkungsvertrag vollzogen werden. Eine große Rolle spielen die Fragen, die mit der Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden zusammenhängen. Dazu gehört in erster Linie die Beschränkung der Gehälter für die Beamten, die bekanntlich im Zusammenhang mit den preussischen Vorschlägen steht, die Straßkung der Höchstgehälter, über die vor 14 Tagen bereits ausführlich berichtet wurde, und schließlich die Veranschlagung des Etatsjahres vom 1. April auf den 1. Juli. Endlich ist noch daran zu erinnern, daß Vertreter der Sozialdemokraten in der letzten Zeit verschiedentlich mit dem Kanzler und den Ressorts über die Beilegung der schlimmsten Härten früherer Notverordnungen verhandelt habe. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen in der neuen Notverordnung ebenfalls realisiert werden.

Die Beratungen des Kabinetts

Die heutigen Beratungen des Reichskabinetts haben fast den ganzen Tag in Anspruch genommen. Sie dauerten bis in den späten Abend hinein und werden morgen fortgesetzt werden. Natürlich lassen sich im Augenblick noch keine näheren Einzelheiten über die Art mitteilen, in der die verschiedenen Probleme gelöst werden. Recht interessant ist, daß in Kreisen der Reichsregierung auch der Gedanke erwogen wird, Privatfirmen die juristische Möglichkeit zu geben, überhöhte Spitzgehälter leitender Angestellter auch da herabzusetzen, wo einer solchen Maßnahme bisher Privatverträge entgegenstehen. Der Gedanke ist jederzeit auch im Zusammenhang mit den Kürzungen der Beamtengehälter und Höchstgehältern aufgetaucht. Dahinter steht auch die Erwägung, daß die Kenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Anpassung häufig geradezu erforderlich macht, wenn z. B. Firmen an auf Lebensdauer abgeschlossenen Verträgen über Spitzgehälter keine Änderungen vornehmen können, während sie die Löhne und Gehälter anderer Angestellter und der Arbeiter herabsetzen müssen.

Neue Arbeitsgemeinschaft der Mitte?

Berlin, 25. September. Zwischen den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten hat, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, in der letzten Zeit eine Fühlungnahme über die Frage stattgefunden, ob nicht entsprechend früheren Vorgängen eine Art parlamentarischer „Arbeitsgemeinschaft“ wie 1922 während der Reichstagsberatungen eingerichtet werden könne. Wie das Blatt berichtet, war dabei an eine lose Fühlungnahme gedacht, die dahin führen sollte, daß die Parteien, die das Kabinett Brünning führen, nicht getrennt voneinander parlamentarische Aktionen unternehmen, sondern sich von Zeit zu Zeit verständigen und eventuell bei bestimmten parlamentarischen Ereignissen gemeinsam vorgehen. Von einem Fusionsverbot der Parteien, von der Staatspartei bis zu den Konservativen, soll keine Rede sein. An eine Parteiverflechtung oder ähnliche Maßnahmen in diesem Zusammenhang sei überhaupt nicht gedacht worden. Im Gegensatz dazu berichtet das „Berliner Tageblatt“ von Bestrebungen, die Parteien von der Staatspartei bis zu den Konservativen als neues Parteigebilde unter dem Namen „Reichsbürgerpartei“ zusammenzufassen.

Die englische Antwort an Flandin

Genf, 24. Sept. Im schroffen Gegensatz zum französischen Finanzminister stellte der englische Völkerbundvertreter Sir Arthur Salter im Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes in einer großangelegten Rede das Reparationsproblem in den Mittelpunkt der gesamten internationalen Finanzkrise und betonte, daß die heutige Krise im wesentlichen auf dem fehlenden Gleichgewicht der Zahlungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern beruhe. Die Schuldnerländer seien durch die vollständigen Schuldenabhlagen zur Erhöhung ihrer Kaufkraft gezwungen. Die heutige Krise beruhe zum größten Teil darauf, daß die Entschädigungszahlungen ohne produktive Gegenleistungen geschehen. Der Preis für die Entschädigungszahlungen noch weiter erhöht. Kurzfristige Anleihen seien außerordentlich gefährlich, da diese Kredite stets dann zurückbezahlt würden, wenn man sie am meisten benötige. Das Gold habe halt regelnd zu wirken, in der letzten Zeit durch die außerordentliche Anhebung an einzelnen Stellen gegenwärtige Wirkungen ausgeübt. Salter forderte ferner mit starker Nachdruck vorläufige Hilfsmassnahmen zur Ueberwindung der Krise durch Herabsetzung der Entschädigungszahlungen und der internationalen Zahlungen und durch sofortige Freilassung der Lage, die nach Ablauf des Hooverjahres eintreten würde. Neue Bedingungen für eine neue Anleihepolitik müßten geschaffen werden. Die den Gläubigerländern zur Verfügung stehenden Mittel müßten als Sicherheiten für die den Schuldnerländern zu gewährenden Kredite verwendet werden. Ueber die Schwierigkeiten eines solchen Plans sei er sich klar. Neue finanzielle Richtlinien für die nach dem Ablauf der Zahlungsaussetzung eintretende Lage, neue politische Richtlinien für die Zusammenarbeit der Großmächte auf der Grundlage der Völkerbundstatuten und des Kellogg-Vertrages seien notwendig. Der Völkerbund müsse an den Maßnahmen zur Ueberwindung der Finanzkrise beteiligt werden.

Die Goldwährung arbeite jetzt nicht mehr. Nur ein Fünftel der Goldvorräte der ganzen Welt seien im Besitz der Schuldnerländer, während vier Fünftel sich in den Händen der Gläubigerländer befinden. Sir Arthur Salter hob dann folgende sechs Punkte zur Ueberwindung der Finanzkrise hervor:

1. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Schuldentregelung müsse zu einem Sinken der Lebenshaltung und damit zu einer weitestgehenden Senkung der Preise führen. Selbst eine sofortige Senkung der Zollschranken würde sich nicht in einer sofortigen Ueberwindung der Krise auswirken können.
2. Die Notenausgabe der Staaten müsse bis zu der gesetzlich zulässigen Grenze gesteigert werden. Eine derartige Maßnahme könne eine Wendung der gegenwärtigen Krise herbeiführen.

4. Die politische Verschuldung umfasse gegenwärtig ein Fünftel der gesamten internationalen Verschuldung. Balle jedoch einen wesentlichen Posten des gesamten Zahlungsausgleichs dar. Eine Verlängerung der bisherigen Zahlungsaussetzung sei zu erwägen.

4. Die Krise der australischen Kredite sei teilweise durch die Stillhalte-Abkommen für Deutschland zum Stillstand gekommen. Diese Maßnahmen müßten jedoch weiter ausgedehnt und verlängert werden.

5. Die Vergabung neuer langfristiger Kredite sei unbedingt erforderlich. Die Voraussetzungen hierfür sei jedoch eine Stärkung des internationalen Vertrauens. Eine Angleichung der Völkerbundstatuten an den Kellogg-Vertrag würde wesentlich zu einer Stärkung des Vertrauens beitragen.

6. Die private Kreditgewährung könne durch Bürgschaften der Regierungen die bisher fehlende Sicherheit erhalten und würde damit neu belebt werden.

Sir Arthur Salter schloß ferner ab, daß die Völkerbundversammlung in einer hohen Entscheidung auf die Notwendigkeit einer neuen politischen und finanziellen Ausrichtung hinweise und die Föhrung hierin übernehme. Der Rat müsse ferner in die Lage versetzt werden, bei finanziellen Hilfesuchen der Staaten unverzüglich einzuschreiten. Salter schloß mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige internationale Krise nicht eine Krise der Ernnt, sondern eine Krise des Ueberflusses sei und daher mit natürlichen Mitteln überwinden werden könne.

Der französische Finanzminister Flandin erwiderte, es sei unbedingt notwendig, die jetzigen Umstände für die Wiederherstellung des Vertrauens und die Wiederherstellung des Zahlungsausgleichs weit härter als bisher zu betonen. Er glaube nicht, daß die von Salter geforderte Angleichung der Völkerbundstatuten an den Kellogg-Vertrag wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen werde. Ferner wandle er sich entschieden gegen die von Salter empfohlene Erhöhung der Notenausgabe der Staaten bis zur gesetzlich zulässigen Grenze, und bezeichnete derartige inflationistische Tendenzen als äußerst gefährlich und schädlich.

Weiterleben des Europa-Ausschusses

Genf, 24. Sept. Die Völkerbundversammlung hat nach kurzer Aussprache die von dem schweizerischen Bundesrat Motta vorgeschlagene Entschliessung über die Fortsetzung der Arbeiten des Europa-Ausschusses angenommen.

Die Spaltung der S.P.D. vollzogen

Gemeinsame Erklärungen der Linken gegen den Parteivorstand — Gründung einer neuen Partei

Berlin, 25. September. Die linke Oppositionsgruppe der S.P.D., Sendemich-Rosenfeld, hat eine bisher von acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterzeichnete Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, daß die Behauptungen, mit denen der Parteivorstand den Beschluß gegen linderorganisierte Bestrebungen der Opposition begründet, in keiner Weise zutreffen. Nicht um die Partei zu spalten seien die „Noten Bücher“ und „Die Fackel“ ins Leben gerufen, sondern mit dem Recht der Meinungsfreiheit. Wenn schon die Gründung und die Mitarbeit an einer politischen Wochenschrift genüge, mit dem Ausschluß bedroht zu werden, so deute das auf den Beginn eines Verfallens und einer Meinungsdictatur hin, dem entgegenzutreten parteigenössische Pflicht sei. An alle, die mit uns einig sind, so heißt es in der Erklärung weiter, daß die Zeit gekommen ist, die Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus zu legen und daß demgemäß die Politik der Partei orientiert sein muß, richten wir die Mahnung, sich ohne Furcht zu ihrer Ueberzeugung zu bekennen und uns bei dem schweren Werk zu helfen, das wir unternommen haben in dem einzigen Gedanken, den Weg zu ebnen für die Befreiung der Unterdrückten und ausgebeuteten Klasse des Proletariats.

Wie „Berlin am Morgen“ dazu erzählt, hat die Oppositionsgruppe in einer Reichstagskonferenz beschlossen, nicht vor den Parteiauswahlschüssen zu kapitulieren. Der von den Mitgliedern der Oppositionsgruppe gemachte Vorschlag, Anschluß an die kommunistische Partei zu suchen, wurde von der Mehrheit abgelehnt und beschlossen, eine neue Partei unter dem Namen „Sozialistische Arbeiterpartei“ zu bilden.

Heute noch

Können Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung bestellen, wenn Sie dies für den Monat Oktober noch nicht getan haben.

Gegen die Rüstungspause

Die französische Stellungnahme

Genf, 24. Sept. Die heutige Sitzung des Abrüstungsausschusses der Völkerbundversammlung, an der auch der brasilianische Gesandte in Bern teilnahm, brachte die mit großer Spannung erwartete Stellungnahme der französischen Regierung zu der Frage der Rüstungspause, die Briand in seiner Rede in der Völkerbundversammlung bekanntlich nicht erwähnt hatte. Der französische Vertreter Kalfalik schied seine Rede die Erklärung voraus, daß er hinter dem italienischen Vorschlag keine egoistischen Beweggründe suchen wolle. Die Nervosität der Welt, erklärte er, kamme nicht von den Rüstungen. Es gebe gegenwärtig kein Vertrauen. Er wandte sich dann gegen die Auffassung, daß eine Rüstungspause eine sofortige Erleichterung der Arbeitslosigkeit bringen würde, und kritisierte den italienischen Vorschlag als nicht praktikabel. Die Kündigung oder Entschliessung, daß man vorschlägt, halte den Ratos quo nur scheinbar aufrecht. Bestände der Vorräte seien die empfohlene Methode der Budgetreduktion gleichfalls unwirksam, da es nicht auf die im Budget bewilligten Ausgaben, sondern auf die tatsächlich aufgewendeten Kosten ankomme. Technische Bedenken machte der französische Vertreter für die Vorkontrollen geltend. Er schloß schließlich vor, daß die Versammlung sich entweder darauf beschränken solle, einen Wunsch hinsichtlich der Richtvermehrung der gegenwärtigen Rüstungen auszusprechen oder aber den Völkerbund ersuchen solle, die Regierungen aufzufordern, ihre Vertreter zur Abrüstungskonferenz mit den notwendigen Instruktionen zu versehen, damit gleich in Beginn dieser Konferenz ein Abkommen abgeschlossen werden könne.

Schon tags zuvor hatte der Spanier Sato erklärt, daß Japan es für zweckmäßig halte, die Frage des Abrüstungsallianzen erst im Beginn der Abrüstungskonferenz in Anarkil zu nehmen. Der amerikanische Gesandte Wilson erklärte, Amerika sei mit dem Vorschlag des Generals de Marini einverstanden. Der Pole Gorka erklärte, sein Land könne einer Konvention im Sinne der Vorschläge de Marini zustimmen, wenn es die Garantien hinsichtlich aller seiner Kolonien habe wobei er besonders auf die noch ungelöste Haltung Rußlands hinwies. Lord Cecil appellierte an den japanischen Vertreter, seine Bedenken zurückzustellen und reate als vermittelnde Person an, daß der Ausschuss eine Entschliessung annehmen solle, die den italienischen Vorschlag in seinen stohen Zügen enthalte und den Regierungen



Wachsende Vertrauenskrise in Amerika

Und der Dollar?

Ist der Dollar in Gefahr? Es wäre beinahe undenkbar, daß die Währung des reichsten Landes der Welt erschüttert werden könnte. Indessen gibt es in New York diese Anzeichen genug, die unter den heutigen Umständen nicht unbeachtet bleiben können. Nach dem Zusammenbruch des englischen Pfunds ist schließlich alles möglich und alles denkbar. Dieser theoretischen Überlegung gesellen sich konkrete, zwingende Tatsachen zu, daher muß die Frage auf die Tagesordnung gestellt werden: Und der Dollar?

Eine verheerende, noch nie dagewesene Welle der Vertrauenskrise geht durch die Vereinigten Staaten. Die Börse liegt ganz darnieder und von den bekanntesten Industrie-Aktien gibt es nur noch zwei, die über 100 liegen, und auch sie nähern sich immer mehr der verhängnisvollen Grenze. Das Defizit des Staatshaushalts, das schon vor Monaten 4 Milliarden Goldmark überstieg, ist inzwischen weiter gewachsen. Steuererlässe als Auswirkung der Katastrophen in letzter Zeit machen sich mit jedem Tag bemerkbarer. Die Taktik der hohen Löhne zwecks Aufrechterhaltung der inneren Kaufkraft ist längst fallengelassen. Lohnfälligkeiten erheblichen Ausmaßes sind zur Allgemeinerkenntnis geworden, und der Binnenhandel weilt im Zusammenhang damit eine weitere Schrumpfung auf. Die Zahl der Zusammenbrüche geht in die Tausende. Zahlreiche Bankkredite sind „eingefroren“. Dieser Umstand, ebenso wie die katastrophale Brienlage führen dazu, daß immer mehr Banken ihre Schalter schließen. Im Jahre 1929 gingen 642 Banken mit einem Gesamtkapital von 234 Millionen Dollar zugrunde, im Jahre 1930 — 1345 Banken mit 865 Millionen Dollar. In den ersten 8 Monaten, also zwei Dritteln des laufenden Jahres haben bereits 1098 Banken mit Einlagen in Höhe von 775 Millionen Dollar einen Zusammenbruch erlitten. Und nun macht sich in der letzten Zeit eine neue Erscheinung bemerkbar: die Bankkunden beginnen, ihre Einlagen zurückzugeben!

Vor kurzem fand eine Beratung zwischen dem Präsidenten Hoover und dem Generalrat des Federal Reserve Board, also der maßgebendsten Bankinstitute der Vereinigten Staaten statt. Ueber die Ergebnisse dieser Konferenz waren die phantastischsten Gerüchte im Umlauf. Tatsache ist, daß neben der Forderung auf Verlängerung des Hoover-Mora-

toriums außerordentliche Maßnahmen zur Vantzung verlangt wurden. Die maßgebenden Bankführer Amerikas haben selbst vor einer Forderung der Inflation nicht zurückgeschreckt.

Man könnte sich fragen: wie ist es denkbar, daß ein Land, das allein beinahe die Hälfte des gesamten Goldes der Welt besitzt, inflationistische Tendenzen aufweisen und hiermit seine Währung in Gefahr setzen kann? Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach: so groß die Goldbestände der amerikanischen Notenbanken auch sind — die Dollarverpflichtungen, die über die ganze Welt verstreut sind, übersteigen diese Goldbestände beinahe um die Hälfte. Dies wäre an sich noch nicht schlimm, wenn die alte Theorie von der Golddeckung noch ihre volle Gültigkeit hätte. Dies ist aber unter den heutigen außerordentlichen Umständen nicht mehr der Fall. Deshalb darf es nicht wunder nehmen, daß der Dollar an der Pariser Börse neuerdings um einige Cents gefallen ist. Freilich: bisher reichen die Dollarschwankungen nicht aus, um den Goldwert des Dollars zu erschüttern. Es wäre jedoch eine verwerfliche Illusion, wollte man fest davon überzeugt bleiben, daß dem Dollar „nichts passieren“ könne. Diese Feststellung verfolgt keineswegs den Zweck, etwa alarmierend oder auch nur sensationserregend zu wirken. Aber mit Beruhigungspillen hat man in der letzten Zeit noch keine einzige Katastrophe abgewendet, und es scheint die höchste Zeit, die Vageltraumpolitik auf wirtschaftlichem Gebiet endlich aufzugeben.

Noch ist der Dollar das Maß aller geldlichen Dinge, aber noch vor wenigen Tagen war es auch das Pfund gewesen. Das Pfund war eigentlich keine englische, sondern vielmehr eine internationale Währung. Mehr als die Hälfte des Welthandels gründete sich auf das Pfund. Die Mehrzahl der internationalen Wechsel wurden in Pfunden ausgestellt. Zwar ging man nach dem Kriege vielfach zum Dollar über, aber die vorherrschende Stellung des Pfundes konnte ebenso erstickt werden wie die Stellung Londons als des immer noch wichtigsten Kapitalzentrums der Welt. Heute hat in sämtlichen Produktions- und Handelszweigen eine Flucht aus dem Pfund eingesetzt. Man stellt sich in internationalen Geschäften so gut wie ganz auf die Dollarbasis um. Dies mag für den heutigen Tag das Richtige sein, aber für morgen? Das ist eine große Frage.

mit der Aufforderung überdandt werden solle, sie etwa bis zum 1. November zu unterzeichnen oder gegebenenfalls ihre ablehnende Stellungnahme oder ihre Vorbehalte darzulegen.

Nach der Haltung Frankreichs und seiner Verbündeten dürfte der Vermittlungsvorschlag Cecilis ablehnt werden und damit die Rückenschule zunächst erledigt sein. Wieder ein Fehlschlag für die Ableitung und ein schlimmes Vorzeichen für die Abrüstungskonferenz.

Der sinesisch-japanische Konflikt vor dem Völkerbundrat

Genf, 24. Sept. Der Vorsitzende des Völkerbundesrates, Lerrout, teilte in der Vormittags-Sitzung der Versammlung mit, daß der Völkerbundsrat in Zusammenarbeit mit den beiden Parteien sich bemühe, eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. „Wir hoffen“, so sagte er, „an einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Das ist vorläufig alles was gesagt werden kann, doch hat mich der Rat gebeten, Ihnen möglichst bald eine weitere Mitteilung zu machen.“

Der Präsident Titulescu erklärte hierauf, es sei klar, daß der Konflikt, solange er nicht vor die Versammlung gebracht worden sei, von dieser nicht behandelt werden könne. Aber es genüge nicht, daß der Rat tagt, der Rat müsse in öffentlichen Sitzungen keine Anstrengungen so lange fortsetzen, bis eine Lösung gefunden sei. Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung dürften nicht auseinandergehen, bevor nicht der Erfolg der Aktion gesichert sei. Die Versammlung müsse ebenfalls Gelegenheit erhalten, ihrem Standpunkt und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Die Erklärungen Lerrout' und Titulescu wurden von der Versammlung mit großem Beifall angenommen.

Die Lage in der Mandchurei

London, 24. Sept. Der „Times“-Korrespondent in Tokio meldet: In der Provinz Szechuan, Schanahjau und Kirin sind alle japanischen Truppen in der Mandchurei in die Eisenbahnen zurückgezogen worden. Die Berichte von einem Vormarsch gegen Chorbai sind unbearbeitet. Dafür ist aber die Räumung dieser Stadt durch die japanischen Frauen und Kinder angeordnet worden.

Neues vom Tage

Der dreifache Mord in Dortmund

Dortmund, 24. Sept. Die Untersuchung des gemeldeten Mordes an den Edelkuten Moser geht von der Tatsache aus, daß der ermordete Kaufmann Eduard Moser ein leidenschaftlicher Spielkartenjäger gewesen ist und in seinem Besitze zahlreiche wertvolle Stücke von großem Wert gehabt hatte. Die Spielkartenjagd ist heute in der Wohnzone verstreut aufgefunden worden und man vermutet, daß es dem Mörder darum zu tun war, die Kartendekken der Moserschen Sammlung an sich zu bringen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei erstrecken sich darauf, festzustellen, ob Moser nicht in Sammlerkreisen Bekannte gehabt hat, denen die Tat anzuvertrauen wäre. Moser ist in seinem Privatleben außerordentlich bedächtig gewesen und hat alle Ereignisse sorgfältig in seinem Kalender notiert. Eine Reihe von Personen, deren Namen auf diese Weise bekannt ist, wurde bereits vernommen, ohne das entscheidende Anhaltspunkte hätten gefunden werden können.

Rückkehr Dr. Curtius'

Berlin, 24. Sept. Reichsaußenminister Dr. Curtius traf am Donnerstag mittags 13.43 Uhr von Genf wieder in Berlin ein. Am Kavalier Bahnhof hatten sich zu seinem Empfang Staatssekretär von Bülow mit einer Anzahl höherer Beamten des Auswärtigen Amtes und der Presseabteilung sowie eine Reihe von Freunden des Ministers, darunter der finnische Gesandte, Kuolijoki, eingefunden.

Die Auswirkungen des Pfundsturzes

Freiburg, 24. Sept. Der Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie hat heute in einer hart besuchten Versammlung beschlossen, angesichts der Verschlechterung und der Schwankungen des englischen Pfundkurzes Verläufe nach England nur noch in Reichsmarkwährung auszuführen.

Reichsratsbeschlüsse

Berlin, 24. Sept. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit. Der Bericht erstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Reichsregierung wegen Herabsetzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu Erfolgen geführt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustandekomme, werde die Reichsregierung genötigt sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, von dem Recht Gebrauch zu machen, im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit herabzusetzen. Die Durchführungsbestimmungen sehen grundsätzlich eine Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstigere Regelung zugunsten des Arbeitnehmers schon vorgesehen war, soll daran festgehalten werden.

Umwandlung der Wehrmacht in Dänemark

Kopenhagen, 24. Sept. Ministerpräsident Stauning erklärte bei der Eröffnung des Reichstages u. a., daß sofort eine Vorlage über ländliche Siedlungen und über die Umwandlung von Heer und Flotte in ein Wehrcorps und eine Staatsmarine eingebracht würden. Dieser letztgenannte Gesetzesvorschlag eröffne die Möglichkeit einer sehr großen Herabsetzung der staatlichen Ausgaben. Endlich werde, so fügte der Ministerpräsident hinzu, noch eine Gesetzesvorlage über eine Arbeitslosenversicherung eingebracht werden.

Antritt französischer Wirtschaftskreise auf Deutschland

Paris, 24. Sept. Die französische wirtschaftliche Vereinigung, die Industrie- und Handelskreise umfaßt, hat an den Ministerpräsidenten ein Schreiben verfaßt, in dem behauptet wird, drei Viertel der französischen Kaufleute und Industriellen hätten gegenwärtig bei den französischen Banken keine Kredite erhalten, während gleichzeitig das französische Geld in Milliarden ins Ausland abziehe. In diese Einleitung schließt sich ein Antritt gegen Deutschland an. Es wird ausgeführt, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen Deutschland sich befinde, habe die Reichsbank die russischen Bestellungen in Höhe von 4 Milliarden Franken zu einem Satz diskontiert, der unter dem offiziellen Diskontsatz liege. Es finde also trotz seiner schwierigen Lage Möglichkeiten, seinen Export durch Kreditveränderungen zu begünstigen, nicht allein gegenüber Rußland, sondern auch gegenüber Amerika und anderen Exportländern.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 25. September 1931.

Deutscher Abend. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltet am kommenden Sonntag einen „Deutschen Abend“. Das vorzügliche Programm ist ganz dem Charakter dieses Abends angepaßt. U. a. wird ein Theaterstück „Volk ohne Raum“ zur Aufführung kommen, ebenso hat die S.A.-Kapelle Nagold ihre Mitwirkung an dem Abend zugesagt. Die „Deutschen Abende“ der hiesigen N.S.D.A.P.-Ortsgruppe sind immer eindrucksvoll verlaufen, so daß auch am Sonntag wieder ein harter Besuch erwartet werden kann.

„Gesundheit und Lebenskraft“. Unter diesem Motto hielt gestern Abend im Hotel zum „Grünen Baum“ die Wohlmuth-Organisation einen Aufklärungsabend ab. „Gesundheit und Lebenskraft“ hieß auch der von Dr. Wanschel-Berlin, der auf dem Gebiete der Galvanotherapie eine bekannte wissenschaftliche Größe ist, inszenierte Film. Der Veranstalter führte in seiner Begrüßung die Anwesenden in kurzen, erklärenden Ausführungen in diese Heilmethode ein. Er gab eine kurze geschichtliche Entwicklung der seit über dreißig Jahren bestehenden Wohlmuth-Heilmethode. In anschaulichen Bildern zeigte der Film das ganze Wesen dieser Heilmethode, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung und Vollständigkeit gewinnt. Alles wurde bis ins einzelne genau und deutlich gezeigt, die Wirkungen und die verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten vorgeführt.

Zur Mondfinsternis am 26. September 1931. Wenn das Wetter keinen Streich spielt, werden die Freunde des gestirnten Himmels in diesem Jahre zum zweiten Male eine totale Mondfinsternis beobachten können. Bei dem am 26. September eintretenden Vollmond tritt unser Erdbegleiter in den Schattensegel unseres Erdballs, der ihm somit für einige Zeit das Sonnenlicht raubt. Die erste Verhinderung des Mondes mit dem Halbschatten ist bereits um 17.41 Uhr, doch ist der Halbschatten stets nur als ganz schwache Lichttrübung der Mondscheibe zu erkennen. Um 18.20 Uhr geht der Mond für Südwestdeutschland auf und um 18.45 Uhr beginnt seine Scheibe in den Kernschatten zu treten. Die Totalität beginnt dann um 20.05 Uhr; während der Totalität leuchtet die Mondscheibe meistens im graugrünen bis rötlichgelben Licht. Um 21.31 Uhr tritt der Mond wieder aus dem Schatten aus, der die Scheibe dann um 22.42 Uhr gänzlich verläßt, und um 23.55 Uhr hat auch der Halbschatten die Mondoberfläche gänzlich verlassen. Klaren Himmel vorausgesetzt, kann also die Erscheinung bequem in den Abendstunden verfolgt werden.

Das Ergebnis der Schweinezählung am 1. September 1931. An Haushaltungen, die Schweine besitzen, wurden am 1. September 1931 in Württemberg ermittelt 169 766 gegen 155 650 am 1. Juni 1931 und 174 964 am 1. September 1930. Der am 1. September 1931 ermittelte Schweinebestand betrug 660 975 (am 1. Juni 604 394). Die Zunahme beträgt 9,3 Prozent. Zurückgegangen sind die Zuchtstiere. Preise wurden erzielt im August 1931 für ein Läuferferkel 31.29—41.10 RM. gegen 35—69 RM. im Durchschnitt 1930 und für ein Milchschwein 14.02—21.37 RM. gegen 30—41 RM. im Durchschnitt 1930. Diese Preisbewegung hat es wohl mit sich gebracht, daß die Schweinezucht etwas eingeschränkt worden ist. Die Zahl der Hauschlachtungen betrug vom 1. Juni bis 31. August 1931 9353, vom 1. März 1931 bis 31. Mai 1931 60 111, vom 1. Dezember 1930 bis 28. Februar 1931 97 363.

Verkehr mit Käse. Das Württ. Wirtschaftsministerium hat eine Verordnung erlassen, deren Vorschriften allen in Württemberg gemerksmäßig hergestellten, fertig gelagerter oder in den Verkehr gebrachter Käse unterliegt. Auf reinen Sauermilchkäse finden diese Vorschriften keine Anwendung. Hartkäse nach Schweizer Art, besonders Emmentaler, muß einen Fettgehalt von mindestens 45 Prozent, Schmelzkäse von mindestens 43 Prozent in der Trockenmasse aufweisen. Alle übrigen Käse müssen einen Fettgehalt von mindestens 20 Prozent besitzen. Bevor der Käse in den Verkehr gebracht wird, ist sein Fettgehalt in gut löslicher und haltbarer Weise zu kennzeichnen. Jeder in Württemberg hergestellte und fertig gelagerter Käse ist außerdem noch besonders zu kennzeichnen mit dem Zusatz „Württ.“. Für die in Käsereien südlich der Donau hergestellten Erzeugnisse kann auch die Bezeichnung „Allgäuer“ gewählt werden. In offenen Ladengeschäften oder auf Märkten oder in Schaufenstern der Läden muß bei Käse, der mit Preisangabe ausgelegt ist, die Sortenklasse dem Käufer deutlich sichtbar gemacht werden. Wer in Württemberg Käse herstellt oder fertig lagert, hat sich unter genauer Angabe seiner Personalkarte bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart schriftlich anzumelden und um Zuweisung einer Kontrollnummer nachzusuchen. Die Kontrollnummer verleiht, wenn der Inhaber seinen Betrieb veräußert oder einstellt oder seine Firma ändert.

Gesundheitsschädliche Scherzartikel. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Unter dem Namen Knallplatten, Radauplägchen, spanisches Feuerwerk und dergl. kommen zuweilen Feuerwerk-Scherzartikel in den Verkehr, die neben dem Knallschall erhebliche Mengen weißen oder gelben Phosphor enthalten, giftig sind und deshalb namentlich in den Händen von Kindern und Jugendlichen gefährlich werden können. Bei einem zehnjährigen Knaben, der zwei Radauplägchen in den Mund genommen und dann verzehrt hatte, traten Uebelkeit, Erbrechen und schließlich der Tod ein.

Klosterreichenbach, 24. September. (Ebenvolle Auszeichnung.) Wie wir hören, sind die von der Fa. C. A. M. Bach & Söhne, Klosterreichenbach, auf der Messe in Straßburg (5.—20. September) ausgestellten Hochleistungsblechmaschinen mit der goldenen Medaille ausgezeichnet worden.

Serrrenberg, 23. September. Die schlimme Witterung während der Hauptmonate deminderte die Gesamtbeizungszahl heuer auf 12 000, während sie im Vorjahr auf 15 000 gestiegen war.

Schwenningen, 23. September. Das hiesige große Dampfzettelwerk der Gebr. Schlenker geriet in Zahlungsschwierigkeiten. Ob eine Sanierung möglich ist, wird zur Zeit erwogen. Bedauerlich ist, daß etwa hundert Arbeiter durch die Stilllegung erwerbslos werden.

Rupflingen, O.A. Spaichingen, 23. September. Am Montagvormittag war im benachbarten Hartheim der led., 25 Jahre alte Monteur und zweite Wärtter, F. v. E. Schinacher, damit beschäftigt, an einem Telefonmast die defekte Leitung in Ordnung zu bringen. Raum hatte er den Mast erklimmen, so stürzte er im Boden durchsackte Mast mit dem Beschäftigten u. m. Schinacher kam unter den schweren Mast zu liegen und wurde von diesem schwer getroffen. Der Verunglückte war zeitweise bewußtlos und klagte über heftige Schmerzen im Rücken und Kopf.



Ludwigsburg, 24. Sept. (Abhängig beschließen.) Der Bezirksrat hat ein Gesuch um Erlaubnis zum Kaffeegeschäft in einem Ludwigsburger Einheitspreisgeschäft abgelehnt und die Erlaubnis zur Eröffnung eines Kaffeehanbetriebes (Neugründung) in Kornwestheim verweigert.

Heilbronn, 24. Sept. (Schlägerei.) In einer fast belächelten nationalsozialistischen Versammlung kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen etwa 50 jungen Kommunisten und der wegen der kommunistischen Störungsversuche herbeigerufenen SS-Abteilung der hiesigen NSDAP. Die SS läuterte dabei in wenigen Minuten den Saal (Hartungsaal) von den Kommunisten, worauf die Versammlung ohne weitere Störung zu Ende geführt werden konnte.

Binsdorf O. S., 24. Sept. (Todesfall.) Gekört ist Bürgermeister Dr. rer. pol. Joseph Kohler nach längerem Krankenlager gestorben. Dr. Kohler stand erst zwei Jahre im Dienste der Gemeinde.

Freudenstadt, 24. Sept. (Schnee.) Schon am Dienstag früh trieben Schneebänke über die Höhenkämme der Schwarzwaldes hinweg. Ueber dem Schiffskopf und der Farnsgründe sind wiederholt Schneehäuser niedergegangen, auf den Höhen des Feldbergs liegt eine Schneehöhe von 2 Zentimeter. Auch in Tutzingen ist Schnee gefallen. Ebenfalls lag am Mittwoch früh die Hochfläche der Alb in einem Winterkleid.

Riedlingen, 24. Sept. (Brand.) Am Mittwoch nachmittag brach in dem Wohnhaus und Kleidergeschäft des Kaufmanns Ludwig Balz Feuer aus. Als dann die freiwillige Feuerwehr und die Weckerlinie am Brandplatz erschienen, brach das Feuer auf der hinteren Giebelfront aus. Nach dem Einsturz des Kamins verteilte sich das Feuer auf das ganze Gebäude. Das große Kleiderwarenlager von Kaufmann Balz konnte gerettet werden, während das meiste Mobiliar der Bewohner verbrannte. Das ganze Gebäude brannte bis auf den Grund nieder. Die Brandursache ist nicht bekannt, man vermutet jedoch Kaminbrand.

Bühlau a. F., 24. Sept. (Hochzeit ohne Bräutigam.) Am Sonntag sollte die Trauung einer hiesigen Witwe, deren Mann vor ungefähr einem halben Jahre gestorben ist, stattfinden. Der Bräutigam war jedoch zu diesem festlichen Akte nicht erschienen, so daß die Braut genötigt war, den Heimweg allein anzutreten.

Marbach O. A., 24. Sept. (Todesfall.) Landesgesundheitsinspektor a. D. Michael Schenzle ist in Ostfildern (Hohenjoller), seinem Ruheort, im Alter von 83 Jahren gestorben. Als Gesundheitsinspektor von Offenhäuser und St. Johann und zuletzt als Landesgesundheitsinspektor in Marbach a. L. leistete er dem Staate treue und erfolgreiche Dienste.

Aus Baden

Baden-Baden, 23. September. Gestern abend, kurz nach 8 Uhr, entfiel in dem Dekonomiegebäude des Kurhauses plötzlich ein Brand, der sehr rasch um sich griff und in kurzer Zeit die rechts der Fahrstraße liegenden Holzbauten zum Teil einäscherte. Es handelt sich dabei um die in den früheren Stellungen eingebauten Garagen und um ein mit umfangreichen Feuerlöscher gefülltes landwirtschaftliches Nebengebäude. In den Garagen stehenden Wagen konnten in Sicherheit gebracht werden, dagegen wurden die Feuerlöscher ein Opfer der Flammen. Sowohl das alte Kurhausgebäude, wie das neue Kurhaus blieben von Feuer vollständig verschont.

Heidelberg, 23. September. (Hundert Mark als Lesezehnen.) In einem aus den hiesigen Bibliotheken entlehnten Buch wurden bei der Durchsicht der Rückgaben 100 Mark in Scheinen als Lesezehnen gefunden. Das Geld wurde der unvorsichtigen Leserin — eine Studentin — sofort zurückgegeben. Die Dame war ob des wiedergefundenen Glücks anscheinend so überrollt, daß sie ganz vergaß, etwa ein nettes „Danke schön“ zu sagen.

Schopfheim, 23. September. (Der Mann in Frauenkleidern.) Hier erschien eine Frau auf dem Bezirksamt, die nach ihrem Personalausweis zu schließen aus Schopfheim gebürtig ist und verlangte eine Unterfertigung. Da sie dabei ausfällig wurde und wild zu werden drohte, wurde sie festgenommen. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß es sich um einen Mann in Frauenkleidern handelte. Man hat seine Ueberführung in die psychiatrische Klinik nach Freiburg veranlaßt.

Rheinweiler, 23. September. (Vom Blitz getötet.) Im gegenüberliegenden Ort Kiefern wurden der Landwirt Schmidt und seine Tochter beim Obstpflücken von einem Gewitter überrascht. Sie suchten unter zwei Bäumen Schutz, als der Blitz in den einen schlug und die 30 Jahre alte Tochter sofort tötete.

Was die würf. Sparverordnung bringt

In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses des Landtags, an der das gesamte Staatsministerium teilnahm, machte Staatspräsident Holz Mitteilungen über das wachsende Defizit im Staatshaushalt und über die Pläne, die die Regierung nach vor dem 1. Oktober auf dem Notverordnungswege zu verwirklichen beabsichtigt. Der Rückgang der Ueberweisungssummen des Reichs und der Einnahmen der Forstverwaltung, dazu die Mehrbelastung der Landesfinanzen durch den ungewöhnlich großen Hagelschaden in Höhe von 22 Millionen habe zur Folge, daß gegenüber dem im Juli voranommenen Schätzungen nunmehr mit einer weiteren Verschlechterung des Staatshaushalts im Jahre 1931 um 12 bis 13 Millionen Mark zu rechnen ist.

Der Staatspräsident berichtete lt. „Tagwacht“ über die Beziehungen, die zwischen den Regierungen der süddeutschen Staaten einschließlich Sachsens und Jodann mit der Reichsregierung im einzelnen haben über die Frage, wie dieses steigende Defizit zu beseitigen und ob ein einheitliches Vorgehen möglich sei. Da Bayern mit schon mit Teilmaßnahmen vorangeschritten war, Bayern mit der Erhöhung der Schlichter und einer differenzierenden Gebührensatzung seine eigenen Wege geht, Sachsen auch bereits eine Notverordnung erlassen hat und bezüglich der bevorstehenden neuen Notverordnung des Reiches besteht, daß von Reichs wegen bezüglich eine weitere Kürzung der Beamtengehälter nicht beabsichtigt ist, müßte Württemberg nun auch selbständig vorgehen.

Eine Steigerung der Einnahmen sei zusehends aus politischen und sozialen Gründen nicht zweckmäßig. Der Sachverstand des Staates sei bereits im Ansatz um 20 Prozent gesunken. So

bleibe nur der Personalauswand noch übrig, der zurzeit 120 Millionen betrage. Wollte man den ganzen neuen Hebelbetrag durch Streichungen am Personalauswand ausgleichen, so müßte eine Kürzung um volle 10 Prozent eintreten. So weit wolle die Regierung zur Zeit nicht gehen, sie schlage vielmehr eine allgemeine Kürzung der Beamtengehälter um fünf Prozent unter Freilassung der Gehälter unter 1500 Mark pro Jahr und der Besoldung der Polizei.

An weiteren Maßnahmen komme noch in Betracht, die Unterbindung der Fortzahlung auf zwei Jahre, die Nichtbelegung freier werdender Beamtenstellen, die Aufhebung des Wohnausweises bei Inhabern von Dienstwohnungen, bei ledigen Beamten unter 45 Jahren, die Kürzung des Wohnausweises auf die Hälfte und die teilweise Beilegung der Unterhaltungsgehälter und Beiträge für höhere und mittlere Beamte. Für die Gemeinden kämen in Württemberg einschneidende Maßnahmen von Landes wegen nicht in Betracht, es seien nur einige Besonderheiten bezüglich des Personalausweises der Gemeindebeamten zu bezeichnen und eine gezielte Grundbesitz zur Ermöglichung der Wiederherstellung der allgemeinen Vermögensfreiheit zu schaffen. Der Staatspräsident betonte ausdrücklich, daß eine abschließende Entscheidung der Regierung noch nicht getroffen sei. Der Kultminister teilte mit, daß auch die Staatseinkünfte an die Kirchen im Verhältnis der fünfprozentigen Gehaltskürzung reduziert würden.

Finanzminister Dehlinger gab noch weitere Auskünfte über den Stand der Finanzen. Durch die vorgeschlagene Gehaltskürzung würde das Defizit in der zweiten Hälfte des laufenden Haushaltsjahres nur um drei Millionen gesenkt. Wenn man selbst annehme, daß die weiteren Verwaltungsmaßnahmen, mit denen sich eine zweite Notverordnung beschließen soll, noch eine Ersparnis von zwei Millionen bringen, so bleibe immer noch ein Defizit von sieben Millionen. Man werde sich wahrscheinlich im November auf eine neue mit der Debatte nachzugehen müssen. Bis dahin werde wohl auch das Reich zu neuen Maßnahmen gezwungen sein. Da die Regierung seien eine Aussetzung der Beratung auf zwei Tage keine Bedenken erhob, beschloß der Ausschuss, die Aussprache abzubrechen und am Freitag nachmittags fortzusetzen.

Freiortbahn von Forzheim nach Ittersbach

Stuttgart, 24. Sept. Mit Ermächtigung des würt. Staatsministeriums ist der Stadt Forzheim das Recht zum Bau und Betrieb einer schmalspurigen elektrischen Bahn von Forzheim nach Ittersbach sowie württembergisches Gebiet betriebl. übergeben worden. Die Bahn führt von Forzheim-Brüningen über Birkenfeld, Dillingen, Niedelsbach, Emsenbüdingen, Weiler, Ostendhausen und Heidenbach nach Ittersbach. Das Recht zum Bau und Betrieb der Bahn wird auf die Dauer von 90 Jahren, vom Zeitpunkt der Betriebsöffnung an gerechnet, verliehen. Nach Ablauf dieser Frist gehen die Bahnanlagen unentgeltlich in das Eigentum des Staates über.

Politische Schlägerei in Stuttgart

25 Verletzte und über 100 Verhaftete

Stuttgart, 24. Sept. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Am Mittwoch abend kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung in Gabelberg, die zahlreich anwesende Kommunisten zu tören versucht hatten, zu einer großen Schlägerei. Trotzdem sämtliche Versammlungsteilnehmer vorher auf Waffen und Schlagwerkzeuge durchsucht worden waren, haben beide Parteien zahlreiche Verletzte aufzuweisen, da mit Stuhlbeinen und dergleichen zugegriffen wurde. Der Saal selbst wurde erheblich demoliert. Bei der Räumung der umliegenden Straßen mußte die Polizei vom Gummiträufel, in einem Fall sogar von der Schusswaffe Gebrauch machen. Im späteren Verlauf des Abends versuchten zur Verhütung anrückende Kommunisten, heimkehrende Nationalsozialisten zu überfallen. Auch hier mußten Polizeistreifen verständig energisch eingreifen und Verhaftungen vornehmen. Gegen Mitternacht war die Ruhe im wesentlichen wieder hergestellt.

In der nationalsozialistischen Versammlung, bei der es zu der Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam, sollten zwei Ueberläufer von den Kommunisten, Kloepner und Heidemann, über ihre Erlebnisse in Sowjet-Rußland berichten. Da der Kampfband gegen den Faschismus keine Mittelglieder und Anhänger zum Verlust der Versammlung aufforderte, war die kommunistische Seite fast vertreten. Als es gleich zu Beginn zu Zwischenrufen kam, begann eine wilde Schlägerei zwischen SA-Leuten, die den „Saalschutz“ bildeten, und Kommunisten. Es wurde mit Stuhlbeinen und anderen Gegenständen geworfen. 25 Personen wurden verletzt, darunter zwei ernst. Auch die Lichtanlage des Saales wurde zerstört.

Anläßlich einer Dienstag abend in Hedelfingen in den Wirtschaftskolaten im „Waldhorn“ und „Girsch“ stattgehabten Versammlung der Nationalsozialisten kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die in den Räumen anwesenden Kommunisten verhielten sich durch Zwischenrufe die Versammlung zu tören. Mächtig kam es zu einem Handgemessenen, wobei die Rubeführer an die irische Luft gesetzt wurden. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Messerstich am Kopf verletzt. Der Täter ist nicht ermittelt.

Können Kinder gegen ihre Eltern beim Arbeitsgericht auf Lohn klagen?

Mit dieser Frage schneiden wir ein heißes Thema an. Wir müssen es aber tun, um irigen Anschauungen, die draußen im Lande zu finden sind, entgegenzutreten. Wir haben vor verschiedenen Gerichten die Gelegenheit gehabt, derartige Prozesse zu vertreten. In allen Fällen war den klagenden jungen Leuten von irgend einer Seite gesagt worden: „Du hast jahrelang zu Hause bei deinen Eltern gearbeitet; dafür müßt du einen angemessenen Lohn erhalten; den müßt du jedes Gericht zusprechen.“

Nach solchem Ratsschlag kommt der Gang zum Arbeitsgericht, denn wenn man auf Lohn klagt, ist dieses zuständig. Der Gang wird voll Erwartung angetreten und die Erwartungen steigen, denn das Arbeitsgericht weist den Prozeß nicht zurück. Der Beamte, der das Klageprotokoll aufnimmt, mein vielleicht, der Prozeß hätte keine Aussichten, aber er nimmt den Prozeß an; nur aber, weil er keine Befugnis hat, die Klage zurückzuweisen. Also: Klagen kann man!

Wie aber ist der Gang und Ausgang des Prozesses? Zunächst wird festgestellt, daß ein Arbeitsvertrag nicht vorliegt, denn zwischen Eltern und Kindern pflegt man bei uns in der Landwirtschaft einen solchen nicht abzuschließen. Ein Arbeitsvertrag kann aber auch mündlich abgeschlossen werden; der Kläger muß dann beweisen, daß dies geschehen ist. Diesen Beweis kann er nicht erbringen. So hat der Kläger nur die Behauptung für sich, daß er vielleicht fünf, ja zehn und zwanzig Jahre im Betrieb gearbeitet, aber keinen Lohn erhalten habe. Das wird vom beklagten Teil nicht bestritten, denn diese Behauptung könnte der Kläger durch Zeugen wohl beweisen.

Nun aber kommt der Beklagte und sagt: „Nach § 1617 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist ein Kind, solange es dem elterlichen Hausstand angehört und von den Eltern erzogen oder unterhalten wird, verpflichtet, in einer seinen Kräften und seiner Lebensstellung entsprechenden Weise den Eltern in ihrem Hauswesen und Geschäfte Dienste zu leisten. Hier ist nichts von einem Lohnanspruch gesagt, also sind diese Dienste unentgeltlich zu leisten, und sie sind ausgeglichen durch die Erziehungs- oder Unterhaltungskosten! Mit diesem Einwand dringen die beklagten Eltern durch; der Prozeß ist für das klagende Kind verloren.“

Die Rechtsprechung ist ganz einheitlich bei allen Gerichten dieselbe; deshalb leistet man den jungen Leuten einen schlechten Dienst, wenn man sie zu einem Prozeß gegen die Eltern ermuntert. Die Folge der Klageerhebung ist Verstimmlung auf Seiten der beklagten Eltern, die Folge der Klageabweisung ist die Meinung der Kinder, ungerecht behandelt zu sein. So wachsen die Gegensätze weiter und an eine Ausöhnung ist vielleicht nicht mehr zu denken, denn vor Gericht hat man mit seiner Meinung auch nicht hinter dem Berg gehalten. Für den Kläger aber kommt hinterher noch die Gefahr, daß er auf den Pflichten verweisen wird und dann hat er nicht nur keinen Lohn, sondern verliert auch noch die Hälfte seines Vermögensanspruchs.

Deshalb wird es gut sein, wenn die Kinder den Inhalt und den Sinn des § 1617 beherzigen und nicht gegen die eigenen Eltern klagen. („Landw. Wochenblatt“.)

Buntes Allerlei

Aus der Reichshauptstadt

In Berlin gibt es fünfmal so viel Witwen als Witwer. Auf einen geschiedenen Mann kommen zwei geschiedene Frauen. Von 100 Berlinerinnen haben nur 43 einen Mann, von 100 Berlinern aber 50 eine Frau. Auf 100 Frauen die sich in Berlin nach einem Mann sehnen, kommen im Jahr 17, die ihn satt haben und los geworden sind. Von den durch Unfall verletzten Personen sind 90 Prozent Frauen, von den getöteten 21 Prozent. Vor einem Jahre waren von den Berliner Ärzten 7,8 Prozent Frauen, in diesem Jahre sind es schon 8,5 Prozent. Auf eine Frau in Trinkerheilstätten kommen 25 Männer. Auf eines Knaben, der in Berlin adoptiert wird, kommen drei Mädchen. Von den Frauen bringt 1 Prozent den Mut auf, sich von der Religion loszusagen, von den Männern 1,5 Prozent. Im letzten Jahrgang wurden in Berlin etwas über 3000 Personen als vermählt gemeldet, davon 49 Prozent Frauen.

Bedeutende Herabsetzung der Ueberfahrtspreise zwischen Europa und Nordamerika

Auf einer kürzlichen Tagung in Paris haben die am nordatlantischen Passagierverkehr beteiligten Schiffahrtsgesellschaften einschneidende Ermäßigungen der Ueberfahrtspreise für alle Abfahrten ab 1. Oktober d. J. von Europa nach Nordamerika beschlossen. Für die erste Klasse der Samedischiffe des Albert Ballin-Typs der Hamburg-Amerika-Linie ist der Mindestfahrpreis von 217,50 auf 190 Dollar ermäßigt worden. Auch in der Kajüte und zweiten Klasse wurden die Fahrpreise herabgesetzt. In der dritten Klasse wurde auf sämtlichen Passagierschiffen der Hamburg-Amerika-Linie der Fahrpreis von Hamburg nach New York für alle Abfahrten ab 1. Oktober von 115 auf 99 Dollar ermäßigt, womit gleichzeitig eine Herabsetzung des bisherigen Rundfahrpreises Hamburg-New York-Hamburg um 23,50 auf 151 Dollar eingetreten ist.

Die Sage der Indianer von der Erschaffung des Menschen

Als der Schöpfer die Welt erschaffen, schuf er auch den Menschen. Aus einem Krebseisen formte er einen weissen, aus dem braunen Sande unter den Klippen des Landes einen braunen, und aus dem schwarzen Boden in den Flußniederungen einen schwarzen Menschen. Und als sie wohlgeraten waren, trat er mit drei Bündel, in Palmblätter gewickelt, auf die Menschen zu und sagte: „Wählet ein jeder nach seinem Gutdünken, Du Schwarzer zuerst, dann Du Brauner, und was übrig bleibt, nimmst Du Weißer. Was Ihr wählet, sei Euer Los.“ Der Schwarze wählte das schwerste Bündel und fand darin ein Weiz, eine Haube und einen Spaten, deshalb ist er bestimmt, den Boden zu bebauen in harter Arbeit. Der braune Indianer wählte das zweifelhafte Bündel, das Bogen und Pfeil, Lanze, Messer und Tomahawk enthielt. Deshalb raubt, kriegt und jagt er von Anbeginn der Welt. Der weiße Mensch nahm das leichteste Bündel, öffnete es und fand darin ein Buch. Das sagt ihm alles, und deshalb ist er weise, aber auch listig, denn das Buch lehrt ihn alles, was er wissen will, Gutes und Böses.

Humor der Völker

Er kennt ihn. Der Lehrer will mit der Zinsrechnung beginnen. „Nicht auf, Jungens! Denkt euch mal, daß ich hundert Mark brauche. Da gehe ich — nun, sagen wir mal: ich gehe zu dem alten Vater, Hannike, und der leiht mir hundert Mark. — Was halt du dabei zu grinsen, Hannike?“ — „Da kennen Sie meinen Ollen schlecht, Herr Lehrer.“

(„Sagende und Regendörfer Blätter“.)

Aufgefressen. Emil Salamander sitzt am Strande von Korbbergn, entdeckt im Wasser eine leere Sektflasche. Sie ist fest verstopft. Emil erkennt im Innern einen Zettel.

„Aha — eine Flaschenpost“, ruft er aus. „Vielleicht sind's leiche Nachrichten von Schiffbrüchigen!“

Er quält sich, den Korken herauszubekommen. Schwitzt dabei. Endlich ist's geschafft. Emil öffnet den Zettel und liest:

„Wenn Sie diese Flasche genau betrachten, werden Sie finden, daß sie angetrunken ist. Prost!“

Der Unterchied. „Sagen Sie einmal Doktor, ist das wirklich war, daß verheiratete Männer länger leben als Junggeheulen?“ — „Keine Idee, das kommt denen bloß länger vor!“



Letzte Nachrichten

Empfang Lavals und Briands beim Reichspräsidenten
 Berlin, 24. September. Wie wir erfahren, werden der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand während ihres Berliner Besuches beim Reichspräsidenten nicht nur, wie ursprünglich beabsichtigt war, Karten abgeben. Sie haben vielmehr neuerdings darum gebeten, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden. Im Augenblick steht noch nicht fest, wann der Empfang stattfinden wird. Es ist aber anzunehmen, daß er am Montag vormittag erfolgt.

Die Einladung Hoovers an Laval

Washington, 24. September. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, man werde Laval eine offizielle Einladung übermitteln, falls und sobald das französische Kabinett der Amerikafahrt zustimme. Laval sei sehr liberal und die Tatsache, daß er an der Spitze der französischen Regierung stehe, sei Grund für eine optimistische Auffassung in bezug auf die künftige Europapolitik. Seine Unterhaltung mit Präsident Hoover würde sicher von Nutzen für die Förderung der verschiedenen Weltprobleme sein, von denen es ja leider eine ganze Anzahl gebe.

Raubüberfall auf ein Pfarrhaus

Wiskede a. d. Ruhr, 25. September. Drei maskierte Räuber drangen gestern abend in das Pfarrhaus in Wiskede an der Ruhr ein. Nachdem sie den Pfarrer, seine Haushälterin und ein Dienstmädchen gefesselt hatten, schleppte sie die Ueberfallenen in den Keller und schloßen sie dort ein. Ein Schäferhund, der sich den Räubern entgegenstellte, wurde durch einen Schuß kampfunfähig gemacht. Die Eindrehler erbeuteten im Pfarrhaus eine Geldsumme, deren Höhe noch nicht festgestellt werden konnte, zwei Pistolen und vermutlich auch verschiedene Wertgegenstände. Am Montag abend wurde von drei Männern ein ähnlicher Ueberfall auf das Pfarrhaus in der Gemeinde Herkenrath bei Bensberg verübt, und es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um die gleichen Räuber handelt, die den gestrigen Ueberfall in Wiskede verübt haben.

Ausprache Dr. Curtius mit dem Reichsfanzler
 Berlin, 24. September. Wie wir erfahren, wird Reichsaußenminister Dr. Curtius am morgigen Freitagvormittag eine Ausprache mit dem Reichsfanzler haben. Das Kabinett wird sich mit den außenpolitischen Fragen erst nach dem Besuch der französischen Minister und zwar voraussichtlich am Dienstag befassen.

Großfeuer im Frankfurter Ost-Hafen

Frankfurt a. M., 25. September. Im Frankfurter Ost-Hafengebiet brach gestern abend im Lagerhaus einer Frachtgüterhandlung Großfeuer aus, das leicht schwere Folgen hätte haben können. In der unmittelbaren Nähe des Schuppens standen nämlich zwei mit Benzin gefüllte Eisenbahnwagen, die im letzten Augenblick von Bahnbedienten, die den Brand entdeckten, weggeschoben wurden. Zwei Lagerhäuser mit leicht brennbarem Inhalt fielen dem Brande zum Opfer. Die mit mehreren Zügen erschießene Feuerwehr konnte den Brand nach stundenlangem Tätigkeitsniederkämpfen und ein Ueberbrücken auf ein benachbartes offenes Lager alter Autoreifen verhindern. Als Ursache wird Brandstiftung vermutet.

Doppelhinführung in Gera

Gera, 24. September. Morgen früh wird hier eine Doppelhinführung erfolgen. Es handelt sich um den Raubmörder Fehold aus Schleiz, der vom Geraer Schwurgericht wegen Ermordung einer Arbeiterin aus Tanna zum Tode verurteilt worden ist, und den in Rudolstadt wegen Mordes an seiner Ehefrau und seiner Wirtshäuserin zweimal zum Tode verurteilten Landwirt Koppe aus Zwabitz bei Kahla. Beide hatten Begnadigungsgesuche eingereicht, die aber verworfen wurden. Die Urteilsvollstreckung wird auf dem Hofe des Geraer Landgerichtsgefängnisses in Gegenwart von zwölf Zeugen stattfinden. Die zu diesem Zwecke benötigte Guillotine wurde gestern in Weimar verladen, um heute von dem Gehilfen des Scharfrichters in Gera aufgestellt zu werden.

Mord

Berlin, 25. September. Heute gegen 1 Uhr früh wurde in einem Treppenhaus in der Rheinstraße in Schöneberg die 21jährige Elisabeth Rex erschossen aufgefunden. Der Täter ist nach der Tat geflüchtet.

Schwalbentransporte in Flugzeugen über die Alpen
 Wien, 24. Mai. Auf Veranlassung des Tierreichvereins sollen Hunderte von Schwalben, die auf ihrem Zuge nach dem Süden durch den Wettersturz hier aufgehalten wurden, und dem Verhungern ausgelegt sind, mit Flugzeugen über die Alpen befördert werden. Die Böggl, die allenthalben Unterschlupf suchen und sehr zutraulich geworden sind, lassen sich leicht einfangen. Das Verkehrsflugzeug, das morgen nach Venedig startet, wird den ersten Transport der in besonders hergerichteten Kisten untergebrachten Schwalben beladen. Am Samstag fliegt ein großes Flugzeug eigens zu diesem Zweck nach Venedig.

Wegen Spionage zugunsten einer fremden Macht festgenommen

Fulda, 24. September. Unter dem Verdacht der Spionage zugunsten einer ausländischen Macht wurden hier drei Personen festgenommen. Den Verhafteten, es handelt sich um die Kaufleute Krause und Kohnopf aus Fulda und den Baumaterialienhändler Wähler aus Hünfeld, ist bereits nachgewiesen worden, daß sie mit Agenten eines fremden Landes in Verbindung gestanden haben. Es soll sich um militärische Spionage handeln.

Der Völkerbundrat an die Regierung der Vereinigten Staaten
 Genf, 24. September. Der Präsident des Völkerbundrates hat heute abend ein vom Völkerbundsekretariat veröffentlichtes Telegramm an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika geschickt, worin er im Namen des Völkerbundrates für ihre dem Rat übermittelte Stellungnahme zu dem japanisch-chinesischen Konflikt dankt.

Gestorben

Dornknetten: Hildegard Wagner, Stadtkatholikentochter, 20 Jahre alt.
 Freudenstadt: Luise Elisabeth Wurker geb. Kähler

Mutmaßliches Wetter für Samstag

In Deutschland ist im Gebiet einer kalten nördlichen Luftströmung auch weiterhin wechselnd bewölkt, ziemlich trockenes Wetter zu erwarten. Wettervorhersage für Samstag: Wolkig, zeitweise aufheiternd, trocken, kühl.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Sonntag -- „Deutscher Abend“

im Grünen Baum-Saal. Beginn 1/8 Uhr.

Altensteig

Morgen Samstag und Sonntag

Nebelsuppe

mit Leberwurst und Griebenwurst
 bei gutem Stoff, wozu freundlich einladet

Jakob Schwarz, Bäcker u. Wirt.

Am kommenden Sonntag, den 27. September

Tanzunterhaltung

in der „Eraube“ - Erdhausen
 unter Mitwirkung einer Pforz-heimer Musikkapelle

Samstag und Sonntag außerdem

Nebelsuppe.

empfiehlt die
Butterpergamentpapier W. Rieker'sche
 Buchhandlung.

Jede Hausfrau muß

für die Pflege ihrer Fußböden und Wände das beste und billigste Mittel anwenden. — Deshalb nimmt sie **KINESSA-Holz-Balsam**. Seine leuchtigen Farben, die nachholende Aromenabgabe und die lange Haltbarkeit werden von allen Hausfrauen gerühmt. **KINESSA** anwenden heißt also: „sparen“.

Kaufen Sie daher sofort für **M. 1.25** eine Dose



KINESSA

HOLZ-BALSAM

Schwarzwald-Drog. Fr. Schlumberger

Kadefahrer Verein Altensteig.

Morg. Sams-
tag abend



Monats- versammlung

im Gasthaus zum „Rohle“.

Alles für Photosport

steils frische Filme
frische Platten
in allen Größen

**Entwickeln
Copieren
Vergrößern**
beim

**Photo-Haus
Schwarzwald-
Drogerie**

Fritz Schlumberger
Altensteig
gegenüber Grünen
Baum, Telefon 50

Morgen von 8 Uhr ab

bittige, süße Trauben
2 Pfund nur 40 S

Tomaten und schöne
Einnach-Zwetschgen
Jung, Nagold.

Modezeitungen

sind nur zu beziehen
durch die



**W. Rieker'sche
Buchhandlung**
Altensteig

Verkaufe 6 Stück 4 Monate alte

Truthühner

(4 Hennen, 2 Hähne)
evenil. paarweise

Schäible
beim Bahnhof Berneck.



DIE RÖTE LACKDOSE

Neuer spannender Kriminalroman von Patricia Wentworth. Große Aufregung um eine kleine chinesische Lackdose, die die chemische Formel für ein neues Kampfgas enthält. Erfinder oder Rüstungskonzern? Wer ist der Betroffene?

Erschienen soeben als neuestes gelbes Ullsteinbuch und ist für 1 Mark erhältlich bei der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Kleinkaliberschützenabteilung Militärverein Simmerfeld.



Preisschiessen.

Am Sonntag, 27. September 1931 hält der Verein ein Herbstschießen verbunden mit Preisschießen ab, wozu Freunde und Gönner der Sache herzlich eingeladen sind.

Die Vorstandschaft.

Heirats-Gesuch.

Hauslich gesinnter, netter Jüngling, 28 Jahre, ref. in besten und in geordneten Lebensverhältnissen, wünscht Bekanntschaft zwecks baldiger Heirat und Gründung eines eigenen Herdes, mit sparsamer und gesunder ref. Tochter von gutem, friedl. Charakter und wenn möglich mit etwas Erspartem. Nur ganz ernstgemeinte Mitteilungen mit Bild an **August Huber, Detwill bei Ganterswill Rt. St. Gallen (Schweiz)**.

Pferde- u. Viehdecken

in wasserdicht, wollen und leinen
in allen Preislagen bei

Philipp Ottmar, Altensteig
Sattler- und Tapeziergeschäft.

<p style="text-align: center;">Altensteig.</p> <h3 style="text-align: center;">Saatroggen und Futterzucker</h3> <p style="text-align: center;">empfiehlt W. Schnierle.</p>	<p style="text-align: center;">Altensteig.</p> <p style="text-align: center;">Wenig gebrauchte</p> <h3 style="text-align: center;">Singer- Nähmaschine</h3> <p style="text-align: center;">hat abzugeben G. Bühler, Rortplatz.</p>
---	---